

TOP

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	25.11.2010
--	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	434/2010-2
Stand	10.11.2010

Betreff Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Bornheim

Beschlussentwurf Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, folgende Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Bornheim (Vergnügungssteuersatzung) zu erlassen:

(Satzungstext siehe Beschlussvorschlag Rat)

Beschlussentwurf Rat:

Der Rat beschließt folgende Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Bornheim (Vergnügungssteuersatzung):

**Satzung
über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Bornheim
(Vergnügungssteuersatzung) vom**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 950) und der §§ 5 und 16 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712/SGV. NRW. 610) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW. S. 394), hat der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung vom folgende Vergnügungssteuersatzung beschlossen:

**§ 1
Steuergegenstand**

Der Besteuerung unterliegt im Gebiet der Stadt Bornheim die Benutzung sowie das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten, mit denen vergleichbare Nutzungen ermöglicht werden, in

1. Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen,
2. sonstigen Orten wie Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Internet-Cafes, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen für jeden zugänglichen Orten.

Als Spielapparate gelten auch Personalcomputer, die überwiegend zum individuellen Spielen oder zum gemeinsamen Spielen in Netzwerken oder zum Spielen über das Internet verwendet werden.

§ 2 Steuerschuldner/Steuerschuldnerin

- (1) Steuerschuldner/Steuerschuldnerin ist der Halter/die Halterin der Apparate (Aufsteller/Aufstellerin).
- (2) Neben dem Halter/der Halterin der Apparate ist auch derjenige Steuerschuldner/Steuerschuldnerin, dem/der aufgrund ordnungsrechtlicher Vorschriften die Spielhallenerlaubnis oder Aufstellerlaubnis erteilt wurde, sowie der Inhaber/die Inhaberin der Räume oder Grundstücke, in oder auf denen die Veranstaltung stattfindet, sofern er/sie oder Dritte im Rahmen der Veranstaltung Speisen oder Getränke verkauft oder an den Einnahmen oder dem Ertrag aus der Veranstaltung beteiligt ist.
- (3) Personen, die nebeneinander die Steuer schulden, sind Gesamtschuldner.

§ 3 Besteuerungsgrundlagen und Steuersätze

- (1) Die Steuer für das Halten und die Benutzung von Apparaten nach § 1 mit Gewinnmöglichkeit bemisst sich nach dem Einspielergebnis. Einspielergebnis ist der Betrag der elektronisch gezahlten Brutto-Kasse. Dieser errechnet sich aus der elektronisch gezahlten Kasse zuzüglich Röhrenentnahme (sog. Fehlbetrag) abzüglich Röhrenauffüllung, Falschgeld, Prüftestgeld und Fehlgeld. Die Steuer beträgt 10 vom Hundert des Einspielergebnisses.
 - (2) Die Steuer für das Halten und die Benutzung von Apparaten nach § 1 ohne Gewinnmöglichkeit bemisst sich nach deren Anzahl. Sie beträgt je Apparat für jeden angefangenen Kalendermonat
 1. in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 1) 35,00 €
 2. an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 2) 25,00 €
 3. in Spielhallen, Gastwirtschaften und an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 1 und 2) bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und / oder Tiere dargestellt werden oder die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornographische und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben 200,00 €
- Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Apparates ein gleichartiger Apparat, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.
- (3) Besitzt ein Apparat mehrere Spieleinrichtungen, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Apparat. Apparate mit mehr als einer Spieleinrichtung sind solche, an denen gleichzeitig zwei oder mehr Spielvorgänge ausgelöst werden können.

§ 4

Besteuerung bei fehlenden Nachweismöglichkeiten

- (1) Soweit für Besteuerungszeiträume die Einspielergebnisse nicht durch Ausdrücke manipulationssicherer elektronischer Zählwerke nachgewiesen und belegt werden können, kann bei Apparaten nach § 1 mit Gewinnmöglichkeit eine Besteuerung nach der Anzahl der der Apparate erfolgen.
- (2) Im Falle von Abs. 1 beträgt die Steuer je Apparat für jeden angefangenen Kalendermonat
 1. in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 1) 150,00 €
 2. an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 2) 50,00 €
 4. in Spielhallen, Gastwirtschaften und an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 1 und 2) bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und / oder Tiere dargestellt werden oder die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornographische und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben 200,00 €
- (3) Sofern ein Apparat die Einspielergebnisse aufgrund seiner Bauart speichern und auf dem Zählwerkausdruck dokumentieren können muss, ist eine Ermittlung der Besteuerungsgrundlage nach Absatz 1 ausgeschlossen.

§ 5

Entstehung des Steueranspruches

Der Vergnügungssteueranspruch entsteht mit der Aufstellung und Nutzung der Apparate an den in § 1 genannten Orten.

§ 6

Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuer wird durch Steuerbescheid festgesetzt.
- (2) Die Steuer nach § 3 Abs. 1 ist innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
- (3) Die Steuer nach § 3 Abs. 2 wird für ein Kalenderjahr oder - wenn die Steuerpflicht während des Kalenderjahres beginnt - für den Rest des Kalenderjahres festgesetzt. In diesen Fällen wird die Steuer für zurückliegende Zeiträume innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides und für das jeweilige Kalendervierteljahr zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu entrichten. Die Steuer kann auf Antrag zu je einem Zwölftel des Jahresbeitrages am 15. jeden Kalendermonats entrichtet werden.

§ 7

Anzeige- und Erklärungspflichten

- (1) Der Halter/die Halterin hat die erstmalige Aufstellung vor dessen Aufstellung sowie jede Änderung hinsichtlich Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellort bis zum 7. Werktag des folgenden Kalendermonats schriftlich dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin der Stadt Bornheim anzuzeigen. Bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit ist der Hersteller/die Herstellerin, der Gerätenamen, die Gerätenummer und die Zulassungsnummer mit anzugeben. Für die bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits

aufgestellten Apparate mit Gewinnmöglichkeit sind diese Angaben innerhalb eines Monats nach

Inkrafttreten der Satzung anzuzeigen.

Gleichzeitig mit der Anzeige sind alle Angaben zu machen, die zur Feststellung des Steuerschuldners/der Steuerschuldnerin und zur Durchführung der Besteuerung nach den §§ 3 und 4 erforderlich sind.

Ein Apparatetausch im Sinne von § 3 Abs. 2 braucht nicht angezeigt zu werden.

Bei verspäteter Anzeige bezüglich der Entfernung eines Apparates gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Anzeigeneingangs.

- (2) Bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit ist der Halter/die Halterin verpflichtet, bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalendervierteljahres dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin der Stadt Bornheim eine Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen. Bei Besteuerung nach dem Einspielergebnis sind den Steuerklärungen Zählwerkausdrucke für den jeweiligen Abrechnungszeitraum beizufügen, die als Angaben mindestens Geräteart, Gerätetyp, Gerätenummer, die fortlaufende Nummer des Zählwerkausdruckes und die für die Besteuerung nach § 3 Abs. 1 notwendigen Angaben enthalten müssen.
- (3) Bei den Anzeigen und Erklärungen nach den vorstehenden Absätzen handelt es sich um Steuerklärungen im Sinne der § 149 ff. der Abgabenordnung.

§ 8

Verspätungszuschlag und Steuerschätzung

- (1) Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages bei Nichtabgabe oder nicht fristgerechter Abgabe einer Steuererklärung erfolgt nach der Vorschrift des § 152 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Soweit der Bürgermeister/die Bürgermeisterin der Stadt Bornheim die Besteuerungsgrundlagen nicht ermitteln oder berechnen kann, kann er/sie sie schätzen. Es gilt § 162 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 9

Steueraufsicht, Aufbewahrungs- und Prüfungsvorschriften

- (1) Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin der Stadt Bornheim ist berechtigt, jederzeit zur Nachprüfung der Steuerklärungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Aufstellungsräume zu betreten, Geschäftsunterlagen einzusehen und die Vorlage aktueller Zählwerkausdrucke zu verlangen.
- (2) Alle durch die Apparate erzeugbaren oder von diesen vorgenommen Aufzeichnungen sind aufbewahrungspflichtige Unterlagen im Sinne von § 147 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Der Steuerschuldner/die Steuerschuldnerin und die von ihm/ihr betrauten Personen haben auf Verlangen den Beauftragten des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin der Stadt Bornheim Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere, Druckprotokolle und andere Unterlagen in der Betriebsstätte bzw. den Geschäftsräumen in Bornheim vorzulegen, Auskünfte zu erteilen und nach vorheriger Absprache in deren Gegenwart aktuelle Druckprotokolle zu erstellen. Die Unterlagen sind auf Verlangen unverzüglich und vollständig dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin der Stadt Bornheim vorzulegen. Auf die Bestimmungen der §§ 90 und 93 Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung wird verwiesen.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 7 und 9 können gemäß den §§ 15 und 16 des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG NW) als Straftat bzw. Ordnungswidrigkeit verfolgt werden.

§ 11 In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt zum 01.01.2011 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bornheim vom 18.12.2002 außer Kraft.

Sachverhalt:

Die derzeit geltende Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bornheim sieht als Basis für die Festsetzung der Steuer den so genannten "Stückzahlmaßstab" vor. Hiernach wird jedes Gerät unabhängig vom erzielten Einspielergebnis oder von dem getätigten Einsatz der Spieler mit dem gleichen Steuersatz belegt. Dieser Maßstab wurde in verschiedenen höchstrichterlichen Entscheidungen, u. a. Bundesverwaltungsgericht in seinem Beschluss vom 26.01.2010 aber auch das Oberverwaltungsgericht NRW mit Beschlüssen im März 2010, im Hinblick auf Geräte mit Gewinnmöglichkeit für unzulässig erklärt.

Als Aufwandsteuer soll der Vergnügungsaufwand des einzelnen Spielers und damit dessen mit seiner Einkommensverwendung für das Spielen zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit belastet werden. Dies wird durch den Stückzahlmaßstab nicht erreicht. Unter Berücksichtigung der technischen Entwicklung der Spielgeräte kann davon ausgegangen werden, dass seit dem 01.01.2007 nur noch Gewinnspielgeräte mit manipulationssicheren Zählwerken aufgestellt werden, die das Einspielergebnis grundsätzlich ordnungsgemäß erfassen.

Als Steuermaßstab kommen daher das Einspielergebnis oder der Spieleraufwand in Betracht. Unter Einspielergebnis ist der Betrag der elektronisch gezahlten Kasse zuzüglich Röhrenentnahme (sog. Fehlbetrag) abzüglich Röhrenauffüllung, Falschgeld, Prüftestgeld und Fehlgeld zu verstehen. Der Spieleraufwand erfasst die Zahl der entgeltpflichtigen Spiele multipliziert mit dem Einsatz pro Spiel, damit werden nicht nur die durch den Geldeinwurf direkt ausgelösten Spiele erfasst, sondern auch diejenigen Spiele, die aus einem erlangten Gewinn bezahlt werden. Der neue Steuermaßstab war mehrfach Gegenstand von Klageverfahren, wobei das Einspielergebnis bisher gerichtlich als Steuermaßstab bestätigt wurde.

Auf Grund der aufgezeigten Entwicklung schlägt der Bürgermeister vor, die Vergnügungssteuersatzung mit Wirkung vom 01.01.2011 neu zu fassen und für Geräte mit Gewinnmöglichkeit das Einspielergebnis als Bemessungsgrundlage festzusetzen.

Für die Bemessung des Steuersatzes fehlen wegen der bisherigen Verwendung des Stückzahlmaßstabes örtliche Daten. In den übrigen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises und sonstigen Nachbarkommunen, die bereits eine Satzungsumstellung vollzogen haben, ist derzeit ein Steuersatz von 10 % des Einspielergebnisses üblich. Da Hinweise auf eine höhere Kostenbelastung der Apparateaufsteller einerseits und andererseits darauf, dass auf dem Gebiet der Stadt Bornheim geringere Einspielergebnisse erzielt werden, ebenfalls fehlen, schlägt der Bürgermeister vor, den Steuersatz auf 10 % festzulegen.

Aufgrund der angespannten Finanzlage soll mit dieser Änderung zumindest die derzeitige Höhe des Aufkommens aus Vergnügungssteuer erzielt werden. Inwieweit dies realisiert werden kann, kann nicht abschließend berechnet werden.

Für die Geräte ohne Gewinnmöglichkeit sollen die bisherigen Regelungen beibehalten werden.

Ein entsprechender Entwurf zum Satzungstext legt der Bürgermeister hiermit vor. Dieser Text orientiert sich an der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt:

Haushaltsjahr: 2011	Produktgruppe: 1.16.01
----------------------------	-------------------------------

		<u>Veranschlagt</u> im (Teil-) Ergebnis-/Finanzplan?			
Erträge:	130.000 EUR	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>
Einzahlungen:	130.000 EUR	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>
Aufwendungen:	EUR	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>
Auszahlungen:	EUR	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>

Falls Nein :	Aufwendungen	Auszahlungen
<u>Mehrbedarf</u> im Rahmen der flexiblen Haushaltsbewirtschaftung <u>gedeckt</u> ?	Ja <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>
	Nein <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

Falls Nein :	Ja	Nein
<u>Zustimmung</u> zur Leistung eines außer-/überplanmäßigen Aufwandes <u>erforderlich</u> ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Jährlich geschätzter Folgeaufwand ?	<u>Ja</u> , in Höhe von:	<u>Nein</u>
Personalaufwand	EUR	<input type="checkbox"/>
Sachaufwand	EUR	<input type="checkbox"/>

Erläuterungen:

Anlagen zum Sachverhalt

Gegenüberstellung bisherige Satzung und Neufassung